

Erstausgabe wöchentlich
Amal: Freitag.
Anzeigen: Die Gespaltene
Schriftgröße 20 Punkt.
Im Momentan aber bei
Wiederholung unbeschränkt
möglich.
Café für Redaktionen:
Lützow, 100/101.

Die Stimme

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreislifte.
Redaktion und Expedition:
Him a./Donau
Reichardtstr. 14.
Telefon 1442.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)
Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/22. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an H. Warcholtz, Him a. D., Reichardtstr. 14, Telefon 1442. — Geldsendungen an H. Zelle, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/22.

Nummer 9/10.

Him a. Donau, den 8. März 1918.

29. Jahrgang

Inhalt: Die Wohnungsmiete nach dem Kriege. — Freiheitlich-nationaler Arbeiter- und Angestelltenkongress. — So etwas war noch nie da. — Denkt an den parlamentarischen Kampf! — Eine Kranzenträgerin-Anfrage und Antwort. — Der Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands. — Der Tag der Heimkehr. — Der Arbeitsmarkt im Januar 1918. — Rechnungsabschluss der Gewerksvereine des Holz- und Holzarbeiter Deutschlands, Gewerksvereins der Holz- und Holzarbeiter Deutschlands, Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit für das Jahr 1917. — Wochenchau. — Feuilleton: Die Eigenschaften des Holzes. — N u n d s a u: Eine große Kundgebung. — Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter. — Die Sparrkraft des deutschen Volkes im Jahre 1917. — Die „hohen“ Arbeiterlöhne. — Aufwandsentschädigung am Schneeschieber. — Holzschäpe als Wärmemittel. — Warenchau. — Literarisches. — Anzeigen.

weiter werden Städte und Verkehrsanstalten durch Autobahnen (Straßenbahn und Vorortsverkehr) ohne fiskalisch-materielle Engstirnigkeit mehr als ebendem das Wohnungswesen dezentralisieren müssen; endlich wird man wenigstens für die kommenden Zeiten eine Unterbindung des Bodengewinners verlangen müssen, d. h. den Bodengewinn derart hoch mit Steuern zu beladen haben, daß er forfällt, oder aber reichste Erträge bringt, die auf der anderen Seite einem gemeinnützigen Wohnungsbau nutzbar gemacht werden können. Ueber derartige Gedanken wird ja da oder dort vielfaches Murren laut werden. Was tut? Wenn irgend eine Zeit, so hat dieser Krieg gezeigt, daß Grund und Boden der Heimat niemals Besitz eines Einzelnen sein können, dazu bestimmt, den Nebenmenschen darauf das Atmen zu erschweren. Nein, der Wert dieses Bodens in der Vergangenheit aus der Arbeit und dem Schweiß Aller erwuchs, so steht er auch in der Zukunft dank des Blutes derer, die diesen Krieg durchkämpfen halfen, dank des Tragens der Mühen und Lasten, auch ohne daß sie förmlich Anteil an diesem Boden haben. Traten diese im gegenwärtigen Kriege für die förmlichen Besitzer der Heimat Erde ein, so ist doch wohl die kleinste Gegenleistung, auf die sie Anspruch haben, die, daß ihnen einfließ das Leben und das Wohlleben auf der Heimatsscholle nicht über Gebühr erschwert wird. Sehe man an den berufenen Stellen, denen wir auch den einsichtigen und billig denkenden Hausbesitzer nicht zuletzt zurechnen, also zu, daß sich bei Zeiten Mittel und Wege finden lassen, im anderen Falle unausbleiblichen schmerzlichen, allerschwersten Schäden nach Möglichkeit vorzubeugen.

eine Anzahl bedeutender Organisationen ihren Beitritt erklärt hat, wird der Kongress auch seinen Eindruck nicht verfehlen. Wir rufen daher alle freiheitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen im Deutschen Reich zur Beteiligung an diesem Kongress auf, und ersuchen sie, ihre Bereitschaft bis zum 1. April 1918 an den „Freiheitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenauschuß“ in Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221-23, mitteilen zu wollen, von wo ihnen dann jede weitere Auskunft bereitwillig gegeben wird.

Freiheitlich-nationaler Arbeiter- und Angestellten-Auschuß:
Verband Deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter.
Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker).
Verband Deutscher Handlungsgehilfen.
Deutscher Werkmästerverband.
Berein der Deutschen Kaufleute.
Bund Deutscher Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker.
Deutscher Militärarbeiterverband.
Bund deutscher, österreichischer und schweizerischer Brauergesellen.

Die Wohnungsmiete nach dem Kriege.

Noch sind wir ja nicht so weit, die Wiederaufrichtung der Friedenswirtschaft als unmittelbare Gegenwartsaufgabe anzusehen zu dürfen; einige besonders wichtige Fragen, die mit der Wiederverkehr des Friedens vordringen, die aber naturgemäß nicht von heute auf morgen gelöst werden können, müssen nichtbestimmter schon heute zur Erörterung gestellt werden, soll uns nicht die Friedenswirtschaft so unvorbereitet finden, wie wir auf wirtschaftlichem Gebiete leider von den Kriegesverhältnissen befallen worden sind. Denn das fromme Glaubens, mit Kriegsende werde sich alles von selber wieder genau so oder wenigstens ähnlich gestalten, wie es eben gewesen ist, wird im Grunde doch wohl kaum ein Vermögen sein können. Zu den wichtigsten Fragen nun, die nach dem Kriege schleunigster und dringender Regelung harren, gehört ohne Zweifel die Wohnungsmiete, ein Gebiet, auf dem die kommenden Zeiten allerbaldig einsetzende Veränderungen bringen werden. Man denke doch nur daran, in welchem Zustand während der Kriegsjahre viele Wohnungen geraten sind, welche erhöhten Ansprüche hinsichtlich der Hygiene nach dem Kriege, im Hinblick auf unsere Menschenverluste, die Pflicht der Heranziehung blühenden Nachwuchses und die gesteigerte Arbeitsleistung u. a. mehr an die Wohnungen gestellt werden müssen und wie sich auf allen Gebieten die Lebenshaltung verbessern wird. Andererseits vergegenwärtige man sich aber auch die Schäden, die dem Hausbesitzer aus dem Kriege erwachsen sind, und die Verteuerung des Geldes, mit der wir nach dem Kriege unbedingt zu rechnen haben, im der Gewißheit, daß sie auch, oder gerade am Hypothetenmarkt nicht spurlos vorübergehen wird. Kann also hier die Steigerung auch der Mietpreise nicht ausbleiben, in Mieterkreisen wird man eine Leuerung auch nach dieser Seite hin als besonders hart, weil bleibende, Zeitgabe empfinden. Die Sache schreit also nach einem angemessenen Ausgleich und zwar durch die Hand des Gesetzgebers bezug auf den Geldgeber, insbesondere der gemeinnützigen, wie der Sparrenten usw. Einfaß ist eine beiden Seiten gerecht werdende Regelung aber keineswegs; denn bei den tiefen Schäden, die wir allen wohlgemeinten Warnungen zum Trotz im Frieden auf dem Felde der Bodenverwertung einzuweisen ließen, kann die ja hochfreudliche und im besten Zug befindliche Heimstättenbewegung, die gesteigerte Tätigkeit der gemeinnützigen Bauvereine, die soziale Fürsorge großer Werke usw. immerhin nur ein Hilfs-, in keinem Falle aber ein Heilmittel werden; haben wir ja zunächst und zum Teil mit den Millionen von Wohnungen, Mietern und Vermietern zu rechnen, für die der bereits vorhandene Besitz der Markt darstellen wird. Soll nun auf diesem nicht ein heilloser Wirrwarr einreißt, so muß unter allen Umständen verhindert werden, eine Ausbeutung des Mieters durch Steigerung unmittelbar nach dem Kriege etwa mit dem Hinweis darauf, der Hausbesitzer habe ja eine verlorene Lebenshaltung zu beklagen. Dieser Gesichtspunkt scheidet nämlich bei genauer Prüfung auf das stilkliche Moment völlig aus, weil tote Werte nicht dazu da sind, sich von lebendigen Werten mästen zu lassen; für die gesteigerte Lebenshaltungskosten im allgemeinen wird also auch der Hausbesitzer durch erhöhte Arbeit einen Ausgleich schaffen müssen; den Hausbesitzer selbst, nicht der Mieter! Ein ander Ding ist es natürlich um den erhöhten Aufwand für das von dem Mieter in Anspruch genommene Objekt, d. h. die Wohnung selber; hier wird ohne Zweifel der Mieter bereit sein müssen, an der Last mitzutragen. An erster Stelle steht da naturgemäß die Kapital- bezw. Hypotheken-Zinsfrage. Da werden Gemeinden und Sparkassen, deren Vermögen aber laufende Einnahmen sich ja meist aus den Einlagen und Einlagen des werktätigen Bürgers zusammensetzen, besorgt sein müssen, daß der Zinsfuß nicht in unangemessenem Umfang in die Höhe schießt, oder bei den Darlehenshingabe in gewissem Umfang ein Mitbestimmungsrecht bei der Nutzung des Darlehens, d. h. Bestimmung der Mietpreise, beanspruchen müssen. Ferner ist unvermeidlich die Beibehaltung oder Schaffung von Miets- und Hypothekeneinigungsämtern, die zu weitgehenden Miet- und Preiserhöhungen leicht einen Riegel vorchieben können;

Freiheitlich-nationaler Arbeiter- und Angestelltenkongress.

Der Geist vom 4. August 1914 hatte die verschiedenen Schichten der Bevölkerung Deutschlands einander näher gebracht. Manches Vorurteil war geschwunden, manches Mißverständnis konnte beseitigt werden. An ihre Stelle trat gegenseitiges Vertrauen, das unser Volk in harter Zeit über so manche Schwere hinwegzubringen vermochte. Aber während der ungeachteten langen Dauer des Krieges hat sich hierin vieles wieder geändert. Das berechtigige Vorwärtsdrängen der Arbeitnehmerschaft aller Berufsgruppen zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, zur Anerkennung ihrer wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung und zur Herbeiführung wahrer Freiheit auf den verschiedensten Gebieten ist auf Widerstände gestoßen, die jenen alten Geist atmen, der vor dem Kriege geherrscht hat, den aber nicht mehr in das neue Deutschland mit hinüber genommen werden darf. Die kommende Zeit wird der Mitarbeit aller der Organisationen und ihrer Führer müht erstraten können die an dem Wiederaufbau und der Förderung unseres Wirtschaftslebens, an der Herbeiführung freiheitlicher Zustände im Innern und kraftvoller Betätigung nach außen in wahrhaft vaterländischem Sinne zu helfen bereit sind. Sollen die Wunden geheilt werden, die der Krieg geschlagen hat, dann müssen alle Kreise der Bevölkerung hierzu hilfreiche Hand bieten; dann darf nicht nur die eine oder die andere Gruppe der Bevölkerung als besonders unserleses gelten, sondern dann müssen alle Schichten dafür gewonnen werden und muß insbesondere auch den freiheitlich-nationalen Grundgedanken stehenden Arbeitnehmervereinigungen der erforderliche Einfluß eingeräumt und gesichert werden.

Während andere Arbeitnehmervereinigungen zur besseren Geltendmachung ihrer gemeinsamen Anschauungen und Durchsetzung ihrer Forderungen den hierzu erforderlichen Zusammenschluß längst gefunden haben, sind die freiheitlich-nationalen Gruppen der Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen bisher noch nicht zu einer solchen Sammlung ihrer Kräfte gekommen. Jede dieser Gruppen ist mehr oder weniger ihren eigenen Weg gegangen, obwohl sie grundsätzlich doch schließlich alle demselben Ziele mit gleichen Mitteln zustreben. Die Wirkung ihrer erspriechlichen Einzelarbeit ließe sich aber zweifellos erhöhen, wenn es gelang, diese Arbeitnehmergruppen zur gemeinsamen Arbeit in den allgemeinen Fragen zusammenzuführen.

Seit längerer Zeit schon haben sich Führer verschiedener freiheitlich-nationaler Arbeitnehmerverbände mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Sie sind zu der Überzeugung gelangt, daß die Zeit gekommen sein dürfte, um zunächst einen Kongress der freiheitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen in Berlin zu veranstalten. Parteipolitische Rücksichten sollen hierbei in keiner Weise zur Geltung kommen, weil dies den Zielen und Zwecken dieser Organisationen widersprechen würde. Der Kongress, der voraussichtlich in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten stattfinden wird, soll sich vielmehr mit Fragen der sozialen Kultur, der staatsbürgerlichen Erziehung, der Vertretung der Arbeitnehmerchaft in den Parlamenten, mit dem Wohnungs- und mit der Frage der Arbeitnehmer- und Wirtschaftspolitik im neuen Deutschland beschäftigen. Da schon

So etwas war noch nie da.

würde ein alter seliger Bekannter gesagt haben, wenn er im Reichstage gewesen wäre, als der Stellvertreter des Reichsbankers Egg. v. Kayer sein erste Vizekanzlerrede vor einigen Tagen hielt. Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. Von der rechten Seite des Hauses ruft man den Vertreter der Regierung ein „Pfui“ entgegen und erhebt lärmenden Widerspruch, von links ertönt jubelnder Beifall. Ein neuer Kurs. Bayer, ein alter süddeutscher Demokrat, ist seiner Gesinnung treu geblieben und vertritt die praktische und ideale Neuorientierung. Zwar tabelt er mit Entschiedenheit die letzte Streikbewegung, doch trotz dieser will die Regierung an der kaiserlichen Zulage festhalten und die Reform des preussischen Wahlrechts im Sinne der Gleichheit und Gerechtigkeit durchzuführen. Das Arbeitskammergesetz soll kommen, der § 153 der Gewerbeordnung fallen, weitere sozialpolitische Fortschritte seien zu erwarten. Das alles war zu viel für unsere reaktionären Kreise, darum dieses Lobes und Schreien über diesen fortschrittlichen Staatsmann. Wir jedoch freuen uns über dieses mannhafteste Auftreten, diese Morgenröte einer neuen kommenden Zeit.

So sehr wir die Erfüllung von Arbeiterforderungen begrüßen, so notwendig aber wird es für uns als Arbeiter sein, uns für die kommenden Aufgaben zu rüsten. Kollegen, wenn wir dies aber wollen, dann fort mit aller Laueit und Gleichgültigkeit. Nun heran zur Mitarbeit. Nützt die organisierten Arbeiter auf, selbst aber tut auch eure volle Schuldigkeit im Gewerksvereinsleben. Nicht bloß ein pünktlich zahlendes, sondern auch ein eifrig verbendes und arbeitendes Mitglied soll jeder sein. Was die Arbeiter veräumen an ihrer Pflicht, können sie nicht so leicht wieder gut machen. Ein fleißiger Besuch der Ortsvereins- und Ortsverbandsversammlungen ist jetzt mehr denn je notwendig. Stoff zu interessanten Versammlungen ist genügend da, wenn die Ortsvereinsleitungen ihn zu benützen verstehen. Das Leben in den Vereinen darf nicht schlummern, während weite Kreise unseres Volkes sich regen, um ihre Interessen zu vertreten. Mit welcher Emsigkeit sind andere Organisationen am Werk, um sich zur Geltung zu bringen. Sollte man es für möglich halten, daß man die Abhaltung von Versammlungen unterläßt, weil „nichts Wichtiges“ vorliegt. Gibt es eine ernstere und wichtigere Zeit noch als die heutige? Nein. Darum auf in die Versammlungen. Die Vereinstätigkeit ist die Grundlage aller Organisationsarbeit. Nebensächlich darf sie für kein Mitglied sein. Zugegeben werden soll, daß in einigen Orten wegen Mangel an Heimaterial manche Versammlung nicht abgehalten werden konnte. Das kann jetzt anders werden im Frühjahr und Sommer. Darum ihr Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner vor die Front. Nur wenn ein frischer Mut in den Vereinen und Versammlungen herrscht, wird es uns möglich, unsern Gewerksverein als ein Glied der deutschen Arbeiterbewegung vorwärts zu bringen.

Ein gut funktionierendes Vertrauensmänner-system muß vorhanden sein. Das Verhalten des Vertrauensmannes in den Werkstätten muß natürlich auch seinen Kollegen gegenüber so sein, daß er auch bei diesem Vertrauen gewinnt. Ein egoistischer oder händelsüchtiger Mensch ist als Vertrauensmann einer Organisation sicher nicht geeignet. Er wird die Kollegen von sich abstoßen, statt sie gewinnen und alle seine menschlichen Fehler werden der Organisation als Makel angehängt. Den richtigen Mann an den rechten Platz zu stellen ist hier besonders nötig. Dann aber muß auch jede Vereinsleitung wissen, nicht bloß wo die Mitglieder wohnen, sondern auch wo sie arbeiten. Eine genaue Werkstättenliste muß geführt werden. Der Vertrauensmann in den Werkstätten muß über die Organisationszugehörigkeit seiner Mitarbeiter genau so unterrichtet

Rechnungs-Abchluß

der Sterbekasse des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.
für das Jahr 1917.

Einnahme	M		S		Ausgabe	M		S	
	1917	1916	1917	1916		1917	1916	1917	1916
An Vortrag vom Jahre 1916	1528	12			Per gezahlte Sterbegelder	7005	—		
„ Eintrittsgelder	13	97			„ gekaufte Wertpapiere	2835	—		
„ Wochenbeiträgen	7484	03			„ Depositen an die Reichsbank	6	—		
„ Zinsen von Kapitalien	4151	—			„ Gehälter	1480	—		
					„ Entschädigung an die Hauptrevisoren	60	50		
					„ Entschädigung an die Vertrauensmänner	210	89		
					„ Drucksachen und Urenfilien	239	—		
					„ Steuer an das Kaiserl. Aufsichtsamt	1	90		
Summe:	18127	12			Rassenbekand:	1208	83		
					Summe:	18127	12		

Vermögens-Ausweis.

	Reinwert		Anschaffwert		Markwert	
	M.	Pfg.	M.	Pfg.	M.	Pfg.
5%, Deutsche Reichsanleihe	74000	—	72260	—	72260	—
4%, Neue Berliner Pfandbriefe	14000	—	13059	15	13059	15
Bankkonti und Rassenbekand	1208	83	1208	83	1208	83
Summe:	89208	83	86527	98	86527	98

Mitgliederzahl 1688 (davon männliche 1166, weibliche 527).

Berlin, den 31. Dezember 1917.

W. Zielke, Hauptkassierer.

H. Feil, Fr. Thunack, Hauptrevisoren.

hängigkeit von Privatinteressen, die Welt des Eigenen, der sozialen Frage; doch verändert, so wie sie selbst verändert sind: stark reduziert, des Nachholens und Wiederaufbaus bedürftig, aber der Exportbeziehungen beraubt, des Kapitals entbehrend, das der Krieg verschlang, und darum durch hohen Zinsfuß des Bankkapitals am Wohnungsbau, der einer drohenden Kleinwohnungsnot zu frauern hat, behindert; ja, die Rohstoffe werden durch Einfuhr nur langsam wieder zu erlangen, die gesamte Einfuhr beschränkt sein, — mithin sind Wohnungsnot, Nahrungsnot, Kleidungsnot usw. und vor allem Arbeitslosigkeit die drohenden Gefahren.

Es besteht Streit, ob Arbeitslosigkeit droht und wie lange; doch die Unsicherheit genügt, um an Vorarbeit zu mahnen. Denn diese Not vor allem ist's, die verhütet werden muß! Aber nicht beliebig, mit neuer, unproduktiver Belastung für Finanz- und Volkswirtschaft, nicht durch „Notstandsaktionen“, sondern ökonomisch besser, so daß unser Reich nicht von Lasten erdrückt, vielmehr wieder aufgerichtet wird. Wir möchten, daß es unserm Volke nach dem Kriege nicht schlechter, sondern besser ergehe, nach all den Opfern. Wir wollen zwei Dinge verhüten: für die Massen Notstand, für die Volkswirtschaft unproduktive Notstandsaktion. Unser Ausgangspunkt ist, die Not für den Einzelnen zu verhüten, unser Ziel sind die richtigen Mittel der Verhütung, nicht belastend, sondern hebend für Reich und Volkswirtschaft. Mittelpolitik wäre unser Rat, wenn die vorgeschlagenen Mittel falsch (das heißt ökonomisch unangebracht für das Ganze) sein würden; gesund ist die Aktion, wenn für alle Einzelnen gesorgt wird mit ökonomisch angelegten Methoden. So denken wir an die Einzelnen und an das Ganze. Wir wollen sozialpolitisch, wir untersuchen volkswirtschaftlich, in diesem Sinne fordern wir zur Mitarbeit auf.

So sprach einleitend Professor Rob. W. L. b. r. a. n. d. t. - L. i. n. g. e. n. auf der Konferenz der Kriegswirtschaftlichen Vereintigung, welche am 22. Oktober 1917 in Berlin tagte. Die Verhandlungen dieses Kongresses sind nun in einem Buche wieder gegeben unter dem Titel:

Der Tag der Heimkehr. Soziale Fragen der Übergangswirtschaft. Heft 59 der Schriften der Gesellschaft für Sozialreform. 108 Seiten. Preis geh. 2 Mk. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1918.

Die Schrift enthält zwölf Referate. In möglichster Kürze, jedoch klar gefaßt und fest umrissen, sind die Referate gehalten. Von den besten Sachkennern wird da Stellung genommen zu den wichtigsten sozialen Fragen, die mit Friedensschluß aufzutreten behandelt werden: Der Arbeitsmarkt nach dem Kriege; — Produktionssteigerung in der Landwirtschaft; — die Bereitstellung von Arbeit durch Intensivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft; — Boden- und Kapitalbeschaffung; — Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege; — Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge für Frauen; — Angelegenheiten der Frauen; — Großstadtprobleme; — Das Baugewerbe nach dem Kriege; — Wohnungsnot u. Finanznot; — Der Entlassungsplan; — Sachliche Demobilisierung. — Im Anhang zur Schrift sind die Beschlüsse der Reichstages, sowie die wichtigsten sozialen Forderungen wirtschaftlicher Organisationen bezüglich der Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden wiedergegeben. Wer sich über all das, was bei der Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft an sozialen Maßnahmen für notwendig erachtet wird, unterrichten will, ohne den Mühe von Beschlüssen, Petitionen etc. durchzustudieren, die in der Sache schon vorliegen, dem wird die vorliegende Schrift nur Bestens zu empfehlen sein.

Ja man kann dem Herausgeber und auch dem Verlag nur danken, daß durch die Verbreitung der Referate sie mit zu einer wertvollen Klärung dieser wichtigen und schwierigen Probleme beitragen. Darum wünschen wir der Schrift weiteste Verbreitung.

Der Arbeitsmarkt im Januar 1918.

Die angespannte Beschäftigung der Hauptindustrieweige, die seit einer langen Reihe von Monaten festgestellt werden konnte, hat sich im Großen und Ganzen mit ungeschwächter Stärke auch im Januar fortgesetzt. Im Vergleich zum Vormonat hielt sich die Tätigkeit zum mindesten auf der gleichen Höhe, vielfach ist es noch gelungen, weitere Leistungssteigerungen zu erreichen. Nach den Feststellungen von 34 Fachverbänden, die für 1096619 Mitglieder berichten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende Januar 1918 9882 oder 0,9 v. H. Es ist die gleiche Arbeitslosenziffer, wie im Vormonat. Im Vergleich zum Januar der vier vorhergehenden Jahre ist die Arbeitslosenziffer bedeutend geringer. Sie hatte nämlich Ende Januar 1915 6,5 und Ende Januar 1914, also in der Friedenszeit 4,7 v. H. betragen. Sie war Ende Januar 1916 auf 2,6 und Januar 1917 auf 1,07 v. H. zurückgegangen, war also immerhin noch fast doppelt so groß als im Berichtsmontat. Die Säge- und Hobelwerke wie die Rüstfabriken waren im Januar in derselben betrieblichen Weise wie im Vormonat und im Januar des Vorjahres beschäftigt. Die Möbelfabriken erfuhren zum Teil eine Verbesserung, zum Teil eine Verschlechterung des guten Geschäftsganges dem Vormonat gegenüber. Die Lage ist somit im allgemeinen dem Vorjahre gegenüber die gleiche. Insbesondere gilt das auch für die Herstellung von Ladeneinrichtungen und Kontormöbeln. Die Betriebe für die Herstellung von Rolläden, Schattendecken usw. waren ausreichend beschäftigt gegenüber dem Vorjahre ist jedoch die Lage etwas schlechter. Die Holzplasterfabriken haben nicht nur dem Vorjahre sondern auch dem Vormonat gegenüber einen Rückgang erfahren. Der Wagenmangel beeinträchtigt den Geschäftsgang. Die Fabrikanten hatten unverändert gut zu tun, gegenüber dem Januar 1917 ist der Geschäftsgang gesteigert. Die Korbbwarenindustrie schildert die Lage zum Teil als ebenso befriedigend wie im Vormonat, zum Teil ist aber eine Abminderung gegenüber dem Berichtsmontat eingetreten. Im Vergleich zum Januar 1917 wird am einzelnen Röhrenschneidern der Geschäftsgang als schlechter bezeichnet. Die Schmirindustrie berichtet nicht ganz einheitlich. Einestheils wird unverändert rege Tätigkeit und bessere Geschäftslage als im Vormonat gemeldet, andererseits wird hervorgehoben, daß gegenüber dem Dezember und Januar 1917 ein Rückgang eingetreten sei. Unter 96779 Mitgliedern — für die berichtet wurde — wurden von vier Verbänden des Holzgewerbes im Berichtsmontat an Arbeitslosen 924 oder 0,1 v. H. oder 1,0 v. H. gegenüber 0,8 v. H. im Vormonat und gegen 1,0 v. H. im Vorjahre festgestellt. Die Nachweisungen der für das Reichsarbeitsblatt berichteten Arbeitsnach-

weise ergaben, daß auf 100 offene Stellen im Holzgewerbe am Arbeitsgesuchen entfielen:

	männliche		weibliche	
	1916	1917	1916	1917
im November	50	49	102	120
im Dezember	53	45	90	128
im Januar	61	60	100	96

Der Arbeitsnachweisverband Westpreußen berichtet, daß im Holz- und Möbelgewerbe Facharbeiter sehr gesucht wurden. Der Arbeitsnachweisverband Posen teilt mit, daß in der Holzindustrie eine starke Nachfrage nach Schneidmüllern, Gatter- und Sägewerksarbeitern herrsche. Auch in der Rüstungsindustrie bestehe großer Bedarf an gelernten Tischlern. In dem Bericht des Verbandes märkischer Arbeitsnachweise wird gesagt, daß sich im Holz- und Schnitzstoffgewerbe durch den Mangel an Rohstoffen ein Abflauen der Aufträge bemerkbar mache. Besonders an Bau- und Möbelschneidern und Kunstschreibern war ein Ueberangebot vorhanden. Im Königreich Sachsen dagegen war die Nachfrage nach Arbeitsträften für die Holzindustrie erheblich stärker als im Vormonat. Der Bericht der Zentralauskunftsstelle für den Arbeitsmarkt im Bereiche des stellw. Generalkommandos des 10. Armeekorps in Hannover erwähnt auf das Fehlen von gelernten Arbeitsträften in der Holzindustrie. In Bremen machte sich in der Kisten- und Korbbwarenindustrie ein Abflauen bemerkbar, so daß die Zahl der arbeitssuchenden Tischler eine Zunahme zeigte. Dagegen wurden in Schleswig-Holstein Holzarbeiter ständig verlangt. Nach dem Bericht des mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes über Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck ließ im Holzgewerbe die Nachfrage nach Rüstern etwas nach, während an Möbelschneidern, Polierern und geübten Maschinenarbeitern größerer Bedarf herrsche. Bauwerkmeister waren zahlreicher vertreten. Auch in Westfalen und Lippe fehlte es an Facharbeitern in der Holzindustrie. In Rheinland ist die Arbeiterbeschaffung für die Arbeitgeber nicht besser geworden. Die Nachfrage konnte nur teilweise befriedigt werden. Immerhin zeigte sich ein Anziehen der Zahl der Arbeitssuchenden. Vorzugsweise waren Schreiner, Zimmerleute und Korbmacher gesucht. In Bayern ist in der Holzgewerkschaftsindustrie die Nachfrage nach Arbeitsträften erheblich gestiegen, jedoch auch das Angebot. In München ist nach Mitteilung des städtischen Arbeitsamtes ein Mangel an Schreibern, Schäftlern (Böttcher), Wagnern, Korb- und Birstenmachern vorhanden. In Württemberg blieb die Spannung zwischen Angebot und Nachfrage annähernd gleich. In Baden wurden auch Arbeitsträfte für das Holzgewerbe gesucht. Ebenfalls im Elsaß-Lothringen.

Wochenbau.

17. Februar bis 2. März.

Die Weigerung der Bolschewiki-Delegierten, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen und die Friedensverhandlungen fortzusetzen, wurde von den Regierungen des Vierbundes gleichbedeutend mit der Kündigung des Waffenstillstandes betrachtet. Die Kommissionen in Petersburg wurden abberufen und den Bolschewiki mitgeteilt, daß der Kriegszustand 7 Tage nach Abbruch der Friedensverhandlungen wieder beginnen werde. Diese Frist war am 18. Februar mittags 12 Uhr abgelaufen. Mündlich zu diesem Zeitpunkt erfolgte der deutsche Vormarsch auf der ganzen Front von Kowel bis zur Ostsee.

Mit Bewunderung haben wir darauf in den letzten zwei Wochen im Osten eine Kräfteentfaltung unserer Heeresmacht gesehen, wie sie wohl keiner unserer Feinde für möglich gehalten hätte. Die mächtige Festung Dünamurg, sowie die Festungen Lud und Rowno waren bereits am zweiten Operationstage besetzt. Die Seeferstung Renal wurde am 25. Februar genommen, wie auch auf der übrigen Ostfront unsere Heere mit bewundernswürdiger Schnelligkeit ins innere Rußland vorrückten. Ungeheure Mengen von Geschützen und Kriegsmaterial, sowie viele Tausend gefangene Russen fielen bereits in die Hände der Unseren. Die russische Armee war bis jetzt unfähig zum Widerstand.

Auch in der Ukraine wirkten die Deutschen mit den einheimischen Truppen zusammen zur Herstellung der Ruhe und Ordnung im Lande. Um der ukrainischen Rada gegen die Gewalttaten der Bolschewiki-Banden auch im südlichen Teile des Landes Hilfe zu leisten, hat sich nun auch Oesterreich-Ungarn zum Einmarsch in die Ukraine entschlossen. Am 28. Februar überschritten die Truppen die Grenze. Etwa 10 000 Russen, welche zur Grenzicherung noch anwesend waren, streckten die Waffen, wie auch auf dieser Front große Mengen Kriegsmaterial in die Hände der Einmarschierenden fielen.

An der Westfront dauerte auch in den Berichtswochen die lebhafteste Erkundigungstätigkeit in Verbindung mit Artilleriekämpfen beiderseits fort. Die feindliche Umgruppierung scheint zum Abschluß gekommen zu sein. Fünf amerikanische Korps sollen in die Front eingesezt sein, sowie die Front der Engländer eine Verlängerung erfahren haben. Engländer und Franzosen sollen hinter der Front eine Reservearmee von etwa 60 Divisionen versammelt haben, welche der deutschen Offensive begegnen sollen.

Von den übrigen Kriegsfrenten in den Berichtswochen keine besonderen Ereignisse.

In mühevoller Heldentätigkeit haben unsere U-Boote im Monat Januar wieder 632 000 Tonnen feindlichen Schiffsraums versenkt. Das Gesamtergebnis des ersten Jahres uneingeschränkter U-Boot-Krieges beträgt somit über 9 1/2 Millionen Tonnen.

Eine besondere Glanzleistung vollbrachte unser Hilfskreuzer „Wolf“, der eine 15monatige, ans sagenhafte grenzende Kriegsfahrt im Atlantischen, Indischen und Stillen Ozean ausführte, dem Feinde riesige Verluste zufügte und in der 186. Kriegswache mit reicher Beute glücklich heimkehrte, darunter 467 Gefangene.

Im Monat Februar machten die Mittelmächte 1066 Offiziere und 30 394 Mann Gefangene. Hierzu kommen noch 2 russische Regimenter und mehrere höhere Stäbe. An Beute wurden 1353 Geschütze, 2154 Maschinengewehre und 50 000 Gewehre eingebracht. Außerdem fielen den Deutschen während des Vormarsches vom 18. Februar ab 104 Lokomotiven, zirka 6000 Fahrzeuge und 2348 Eisenbahnwagen, darunter 704 vollbeladen in die Hände.

In Rußland hatte der entschlossene deutsche Vormarsch eine unbeschreibliche Wirkung. Er bewirkte an einem Tage, was höchste gebuldige Verhandlungen nicht zustande gebracht hätten. Trotz und Lenin erklärten sich in einem Punktpruch bereit zur Annahme und Unterzeichnung der deutschen Friedensbedingungen. Die beiderseitigen Delegierten sind bereits wieder in Brest-Litowsk eingetroffen und haben die Verhandlungen aufgenommen, die nun zu einem Frieden mit Rußland geführt haben.

Mit Rumänien finden 3. St. ebenfalls Verhandlungen statt, die in Bntarest geführt werden. Ein Ergebnis hierüber liegt jedoch bis zur Stunde noch nicht vor. Die rumänische Regierung glaubt immer noch mit Forderungen an die Mittelmächte heranzutreten zu können, ein Recht, das sie schon längst verwirkt hat.

Unsere westlichen Gegner haben auch in den Berichtswochen keine Hand zum Frieden gerührt. In London tagte eine Konferenz der Entente-Sozialisten, die sich in der Hauptsache mit den Kriegszielen befaßte. Die dort durch eine Denkschrift aufgestellten Friedensbedingungen gleichen nahezu vollständig den Kriegszielen Lloyd Georges und der übrigen imperialistischen EntenteStaatsmänner. Es wurde auf der Konferenz zwar viel von Macht, Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker gesprochen, doch soll dies alles nur auf Kosten der Mittelmächte zur Durchführung kommen. Von den durch England unterdrückten Völkern Irlands, Ägyptens, Indiens war auf der Konferenz keine Rede.

Eine besondere Kraft- und Lügenentfaltung vollziehen in den letzten Tagen auch die EntenteStaatsmänner, um Japan zum militärischen Eingreifen gegen Deutschland zu veranlassen. Inwiefern Japan bereit ist, sein Volk für die Interessen Englands zu opfern, wird sich bald zeigen. Dieses Treiben zeigt jedoch, daß die amerikanische Hilfe sehr ungenügend ist.

Zu wichtigen Beratungen ist der deutsche Reichstag in den letzten Wochen zusammengetreten. Der Friedensvertrag mit der Ukraine fand einstimmige Zustimmung des Reichstages. Die beiden Staatsmänner Hertling und v. Payer sprachen für äußeren und inneren politischen Lage und fanden die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages. Hertlings Rede war insbesondere an unsere westlichen Gegner gerichtet und bildet eine neue Friedensbereitschaft an sie. Die bisherigen Anschauungen der feindlichen Presse und Staatsmänner hierzu lassen jedoch erkennen, daß man sich in England und Frankreich sowohl als auch in Italien nach wie vor sträubt, die erneut darzubietene Friedenshand zu ergreifen.

Der Reichstag hat in herzerfröhlicher Deutlichkeit die innerpolitischen Ziele der neuen Regierung und ihren Zusammenhang mit der äußeren Politik klargestellt. Neueste Rechte, sowie die überlieferte Partei haben von ihm die beiden Richtungen gebührende Kennzeichnung erhalten.

In Preußen ist ein Königswort für die Einführung des gleichen Wahlrechtes verhängt. Was gilt das den preußischen Reaktionskräften. Mit 20 gegen 15 Stimmen ist im vorliegenden Wahlrechtsauschuss des Abgeordnetenhauses das gleiche Wahlrecht gefallen. Das deutsche Volk wird nun sehen, was weiter wird.

Die Wirkungen des polnischen Demonstrationstreits scheinen sich zum Schaden der Arbeiterschaft auszudehnen. Aus einzelnen Landesteilen wird die Geburt einer „politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation“ gemeldet.

Zur rechten Stunde kommt da vom der freiheitlich-nationalen Arbeiterschaft der Aufruf zur Abhaltung eines freiheitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenkongresses. H. Sch.

o o o o o Rundschau. o o o o o

Eine große Rundgebung

Für die Sozialpolitik nach dem Kriege soll am Sonntag den 14. April, mittags 12 Uhr, in Berlin im großen Saal der „Philharmonie“, Bernburgstraße 22/23, nahe am Anhalter und Potsdamer Bahnhof, unter Leitung von Staatsminister Dr. Frhr. von Berlepsch stattfinden. Einen Vortrag darüber wird Prof. Dr. Franke halten und weitere Ansprachen Prof. Brentano, Staatssekretär Bernburg, Graf Posadowsky, Prof. Hertner und Hise. Für die Gewerkschaften wird Versandvorsitzender Hartmann, für die anderen Verbände Legien, Eiegerwald, Jäger, für die Angestellten: Beschly, Hölse, Aufhäuser, Frhn. Hermann und für die Beamten: Kommers. Vom Verbandsbüro können Einladungen bezogen werden. Andere Gewerkschaften müssen alles aufbieten, um diese Rundgebung zu einer eindrucksvollen zu gestalten.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter

ruff auf Grund einer eingehenden Beratung in einer erweiterten Sitzung des Zentralvorstandes seinen 9. ordentl. Verbandstag für Sonntag, den 28. April und folgende Tag nach Köln ein. Eine weitere Erhöhung der Beiträge ist vorgesehen und zwar soll der niedrigste Verbandsbeitrag für erwachsene männliche Mitglieder 70 Pfg. betragen, steigend in jeder Klasse um 10 Pfg. bis zu einem Wochenbeitrag von 1.50 Mk. Für die jugendlichen und weiblichen Mitglieder sind Wochenbeiträge von 35 bis 50 Pfg. in Vorschlag gebracht. Eine Regelung der Unterstützungen ist vorgesehen, auch soll die Arbeitslosen-, Kranken- u. Reiseunterstützung gegenseitig aufgerechnet werden. Das Schwergewicht wird auf die Finanzkraft der Hauptkasse gelegt.

Die Sparkraft des deutschen Volkes im Jahre 1917.

Die monatlichen Berichte über die Geschäftsergebnisse der Sparkassen, welche das Amtsblatt des Deutschen Sparkassenverbandes, die „Sparkasse“, veröffentlichte, ließen schon erkennen, daß das Jahr 1917 ein besonders günstiges war. Auf einen glänzenden Jahresabschluss konnte man umso mehr rechnen, als der Bearbeiter dieser Statistiken, Sparkassendirektor Reusch in Berlin, wiederholt betont hatte, daß diese Monatsberichte mit besonderer Vorsicht aufgestellt seien und das

Schlussergebnis wohl noch eine freudige Ueberraschung bringen werde. Das hat sich bewahrheitet. Die „Sparkasse“ berechnet nunmehr den gesamten Jahresumsatz der deutschen Sparkassen für das abgelaufene Jahr auf Grund eines umfangreichen amtlichen Materials einschließlich der 700 Mill. Markt zugeschrriebener Zinsen auf mindestens 3 1/2 Milliarden Markt, und zwar nach Abzug der Zeichnungen der Sparer auf die 6. und 7. Kriessanleihe, die sich auf über 3 Milliarden Markt belaufen haben. Dieses Ergebnis ist umso erfreulicher, als es sich im wesentlichen aus „kleinen Posten“ zusammensetzt. Noch niemals war hierbei eine so weitgehende Beteiligung der breiten Schichten der Bevölkerung zu beobachten, wie im vergangenen Jahre, was schon daraus hervorgeht, daß die Zahl der Sparbücher sich um mehr als 1 1/2 Millionen Bücher vermehrt hat, eine Zahl, welche selbst die günstigsten Friedensjahre weit hinter sich läßt. An diesem günstigen Ergebnis nehmen alle deutschen Sparkassen teil, deren Berichte übereinstimmend betonen, daß das vergangene Jahr für sie ein Rekordjahr gewesen sei. Der Höhepunkt scheint noch nicht erreicht zu sein, denn der Zustrom an Spareinlagen hat sich im Januar in verstärktem Maße fortgesetzt, sodaß vielfach die Sparkassen Mühe hatten, den Andrang zu bewältigen. So hat die Berliner Sparkasse, die im Jahr 1917 einen Zuwachs von 108 Millionen Markt erfahren hatte, für den Januar bereits eine Mehreinnahme von über 30 Mill. Markt zu verzeichnen.

Die „hohen“ Arbeiterlöhne

spielen heute in den Vorstellungen mancher Kreise eine besondere Rolle. Höhere Einzelgehälter, die hier und da Spezialarbeiter in Rüstungsbetrieben mal verdienen, werden stark verallgemeinert, obwohl der überwiegende Teil der Arbeiterschaft heute noch unter Lohnerhältnissen leben muß, die der starken Verteuerung aller Lebensbedürfnisse in keiner Weise mehr entsprechen. Genauere Untersuchungen ergeben oft ein Bild von dem, was für eine Bewandnis diese „hohen“ Arbeiterlöhne haben. In dieser Beziehung ist eine Lohnaufnahme der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Ulm nicht ohne Bedeutung. Diese Kasse hatte am 1. Januar 1918 insgesamt 17 119 Mitglieder. Eine auf Grund der Bundesratsverordnung vom November 1917 erfolgte neue Lohnklasseneinteilung gab Veranlassung zu einer Lohnstatistik zwecks Einweisung in die richtige Lohnstufe. Nach dieser verteilen sich die 17 119 Mitglieder (einschl. der freiwilligen, nichtversicherungspflichtigen) wie folgt:

Lohnklasse:	wirklicher Arbeitsverdienst:	Mitgliederzahl:
I.	bis 99 Pfg.	2 197
II.	1.00 Mk. bis 1.79 Mk.	2 725
III.	1.80 " " 2.69 "	4 215
IV.	2.70 " " 3.39 "	1 587
V.	3.40 " " 4.19 "	1 554
VI.	4.20 " " 5.19 "	1 365
VII.	5.20 " " 6.19 "	1 043
VIII.	6.20 " " 7.19 "	549
IX.	7.20 " " 8.19 "	549
X.	8.20 " " 9.19 "	192
XI.	9.20 " " 10.00 " und mehr	271
Lehrlinge ohne Entgelt		544
Unständig Beschäftigte		335
		17 119

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Mehr als es Worte können, zeigen sie was man von den unberechtigten Verallgemeinerungen halten soll.

Aufwandsentschädigung an löhnerreiche Familien

Jene Familien, die mehrere Söhne haben und nachweisen können, daß bei den Söhnen eine mehr als sechsjährige gesetzliche Gesamtdienstzeit in Frage kommt, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 210 M für jedes weitere Dienstjahr und für jeden Sohn, der sich in Erfüllung seiner gesetzlichen Dienstzeit befindet. Nur die gesetzlichen, die z. B. bei der Infanterie zwei Jahre beträgt. Wenn nun ein Vater drei Söhne hat, die alle drei aktiv bei der Infanterie waren oder jetzt noch sind, so bringt er höchstens sechs aktive Dienstjahre zusammen, auch wenn die drei Söhne sonst mehr als sechs Jahre, durch den Krieg vielleicht mehr als zehn Jahre Dienstzeit haben. Wäre von den drei Söhnen einer bei der Kavallerie gewesen und hätte dort eine dreijährige Dienstzeit als aktiver Soldat mitgemacht, dann käme z. B. für ein Jahr die

Aufwandsentschädigung in Frage und der Antrag müßte bei der Ortsbehörde eingereicht werden.

Diejenigen Söhne, die in der Kriegszeit zum Ersatzdienst und dem Landsturm überwiesen worden sind und nun im Krieg zum Seeresdienst herangezogen wurden, befinden sich nicht in Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht; ihre Dienstzeit kommt bei der Aufwandsentschädigung nicht in Anrechnung.

In einem Erlass des Ministeriums des Innern vom 11. Januar 1918 wird nun bekannt gegeben, daß sich der Reichsfinanzminister damit einverstanden erklärt habe, es könne auch den Angehörigen derjenigen Militärpflichtigen die Aufwandsentschädigung verwilligt werden, die zwar im Besitz des Berechtigungscheines für Einjährig-Freiwillige sind, wegen Mangel an Mitteln aber nicht als Einjährig-Freiwillige dienen können. In solchen Fällen dürfte aber die Auszahlung der Aufwandsentschädigung nur dann erfolgen, wenn die Mittellosigkeit des Militärpflichtigen und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen festgestellt ist; diese Feststellung trifft das Ministerium des Innern, an das die Anträge unter Beifügung eines gemeindefürlichen Vermögenszeugnisses durch Vermittlung der Bezirksbehörde zu richten sind. Der Anspruch auf Zahlung der Aufwandsentschädigung ist ausgeschlossen, wenn er nicht spätestens nach Ablauf von 6 Monaten seit der Entlassung des Sohnes oder seit seinem Tode geltend gemacht wird. Trotdem auf diesem Gebiet schon viel Aufklärungsarbeit geleistet worden ist, sind immer noch Zweifel in weiten Kreisen des Volkes vorhanden und verlieren nicht selten löhnerreiche Familien ihren Anspruch, weil er gar nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht wird. Der Anspruch kann schon angemeldet werden, wenn das 7. gesetzliche Dienstjahr beginnt.

Holzseife als Waschmittel.

Ein empfehlenswertes Waschmittel, dessen Vortrefflichkeit seit altersher erprobt ist, ist die Holzseifenlauge. Sie wird dadurch hergestellt, daß gesammelte reine Holzseife mit abgekochtem Wasser übergossen wird. Alsdann läßt man sie unter öfterem Umrühren zwölf Stunden absetzen und füllt hierauf mit einem Topf die klare Lauge ab, die man zur Vorflut noch durch ein Tuch gießt. Durch diese Holzseifenlauge, die man zum Einweichen und Waschen verwendet, wird viel Seife und Seifenpulver erspart.

o o o o o Patentschau. o o o o o

Mitgeteilt vom Patent-Büro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. — Auskünfte kostenlos.

Gebrauchsmuster:

Nr. 34: 672 663: Küchentisch mit Kochflur. O. Appenzeller, Cannstatt. Angem. am 16. 11. 17.
Nr. 38: 673 841: Wandgefäßmaschine. Alfred Wehler, Mannheim, Schweiz. Angem. am 10. 12. 17.

Literarisches.

Die Stellung des Reichsfinanzministers zur Kriegserhaltungsfraage beleuchtet ein Wort aus seiner Rede zur Wohnungsfrage im Herrenhaus am 15. Januar, das die „Bodenreform“ in ihrer Nr. 3 abdruckt. Es heißt dort u. a.: „Wir wollen unsern heimkehrenden Kriegern gern ein Heim schaffen, das ausreichend, gesund und befriedigend ist.“ Wichtig für die Gemeinden ist der Ruff nach der Bodenreformsbewegung in der Praxis. Zweifellos gehen wir einer abermaligen Anziehung der kommunalen Steuerfahne entgegen. Da sollte man darauf Bedacht nehmen, vor allem die wirklich tragfähigen Schultern zu belasten durch Einführung der Steuer nach dem gemeinen Wert, mit der, wie eine neue Umfrage ergeben hat, immer gute Erfahrungen gemacht werden.

Die „Bodenreform“ ist die verbreitetste Zeitschrift für volkswirtschaftliche und staatsbürgerliche Bildung im deutschen Sprachgebiet. Sie kostet vierteljährlich nur 1.50 Mk. bei jeder Buchhandlung und Post. Probenummern versendet kostenfrei der Verlag der „Bodenreform“, Berlin NW 23, Lessingstr. 11.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 10. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig.

Anzeigen.

Für den Reichsanwalt ist die Redaktion der Zeitung gegenüber nicht verantwortlich.

Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsgeld, beim Kassierer Wilh. Orsinger, Holzstraße 2.

Bredian (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausbezahlt beim Ortsverbandskassierer Hermann Gansel, Neumarkt 28.

Frisch (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeld von 75 Pfg. bei ihrem Ortsverbandskassierer.

Höbel. Durchreisende erhalten in der Sache „Der Friseur“ freies Recht quantitas und gratis. Karten sind beim Kollegen Seuchel, Bergers Kohlenhandlung, Gustavstraße, zu entnehmen.

Tag in Pöthen. Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten ein Ortsverbandsgeld von 75 Pfg. oder eine Karte. Unterstützung in der Sache „Der Friseur“ ist beim Ortsverbandskassierer des Reichsverbandes deutsch nationaler Arbeiter - Vereinigungen, Elisabethstraße 8.

Weißbach (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 Mk. bei W. Rader, Jägerstr. 30.

Halle a. S. Der Arbeitsnachweis für den Ortsverband befindet sich bei Kassierer Wilh. Jänicke, Schlegelstraße 17.

Bur Agitation!

Für jeden strebsamen Gewerksameiner

sind folgende Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge, für die Werbearbeit unerlässlich:

Tätigkeitsbericht für die Jahre 1913-1915,

erstattet vom Verbandsredakteur Leonor Lewin.

Die Frauenarbeit in und nach dem Kriege.

a. In der Industrie. Von Gustav Hartmann.
b. In der Heimarbeit. Von Dr. Käthe Gabel.

Was muß geschehen?

Hinzu für die Agitation. Von Alfred Spießlitz, Tauschwitz.

Diese zeitgemäßen für die Agitation außerordentlich wertvollen Schriften sind zum Preise von 10 Pfg. für das Stück vom Verbandsbureau zu beziehen.

Erfinderrecht

Handbuch, 290 Seiten, in Leinen gebd. 8.— Mark.

Es enthält die Patent-, Muster-, Marken- und Warenzeichen-Gesetze, bezügliche Erläuterungen, alle Bekanntmachungen und Verordnungen des Patentamts, die Einteilung der Warenklassen usw. usw.

Prospekt kostenfrei.

Friedrich Ruth's Verlag, Charlottenburg 4,

Kaiser Friedrich-Straße 53.

Burg b. Magdeburg. Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsgeld, beim Kassierer Wilh. Orsinger, Holzstraße 2.

Gera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkschaftsmitglieder wird ausbezahlt bei H. Schneider, Fischersstraße 62.

Wolgan (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeld beim Kollegen Unglaube, Preußische Straße 39.

Wittenfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeld von 75 Pfg. bei den Ortsverbandskassierern ihres Berufs; sind Berufs nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer O. Eppendorfer, Hallischestraße 27.

Wolgan (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsverbandskassierern und bei Verbands-Kass. Münzner, Wallstraße 28.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verbandsunterstützung im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsverbandskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverband haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer J. Michalek, Freiburgerstraße 11/12.

Einheitsliche Vereinsabzeichen.

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitslichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg., Manschettenknöpfe das Paar 1 Mk., und werden dieselben — nach Einzahlung des Betrages an den Hauptkassierer Kleike — sofort den Vereinen zugestellt.